

## **Interfraktioneller Antrag der im Rat der Gemeinde Nümbrecht vertretenen Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, GUD, WGHL, FDP, sowie RM Köstering (Die Linke) und Bürgermeister Redenius**

### **Dr. Schild Straße**

Nach der Gebietsreform Anfang der 1970er Jahre waren diverse Straßennamen mehrfach in der Gemeinde vorhanden. Nach Vorberatung im Ausschuss für Verkehrsfragen wurden in der Ratssitzung am 23.06.1978 insgesamt 18 Umbenennungen von Straßen vorgenommen. Die neuen Straßennamen wurden in Abstimmung zwischen „Ortsvorstehern, gemeinnützigen Vereinen und den örtlich zuständigen Gemeindevertretern“ vorgeschlagen. Mit dem Beschluss wurde auch die „Dr. Schild Straße“ benannt.

Dr. Heinrich Schild wurde am 01.10.1895 geboren und starb am 18.02.1978. Sein politischer Werdegang nach dem Kriegsende ist umfangreich dokumentiert. Wesentliche Daten sind:

- seit 1953 bis 1. Juli 1960 Mitglied der Deutschen Partei
- ab 20. September 1960 CDU-Mitglied
- 1953 bis 1961 Angehöriger im Deutschen Bundestag
- 15. Dezember 1958 bis zum 29. November 1961 Mitglied des Europaparlaments
- 1961 bis 1969 Mitglied des Kreistages im Oberbergischen Kreis
- 1961 bis 1972 Bürgermeister der Gemeinde Nümbrecht
- 1963 / 64 Fraktionsvorsitzender der CDU
- 1964 bis 1969 Landrat des Oberbergischen Kreises

Er ist Verfasser der (teilweise umstrittenen) „Chronik der Gemeinden Nümbrecht und Marienbergshausen“ (1977), in der er auch auf seinen persönlichen Lebenslauf einging, die Zeit vor 1945 aber aussparte.

Unstreitig ist, dass er sich nach 1945 als regionaler und überregionaler Politiker engagierte.

Streitig ist seine Rolle während der NS - Herrschaft. Politisch hat er sich wie folgt während der NS – Zeit betätigt:

- seit 1922 Mitglied im Reichsverband des deutschen Handwerks
- ab 1932 Mitglied der NSDAP
- Ende März 1933 bis Ende September 1934 Generalsekretär des deutschen Handwerk
- 26.04.1934 Für insgesamt RM 45 000,- erwarb Dr. Heinrich Schild die Grundstücke der Haël-Werkstätten, die Gebäude, die Betriebsmittel und das Warenlager.
- 1934 Gründung - zusammen mit Hedwig Bollhagen – der keramischen HB Werkstätten in Marwitz (Brandenburg) in Nachfolge der 1933 stillgelegten Haël-Werkstätten.

Themenkomplex Haël-Werkstätten :

Auszug aus: „Hedwig Bollhagen und die Marwitzer Keramikwerkstätten in der NS-Zeit“ von Dr. Simone Ladwig-Winters<sup>1</sup>

### **Sachverhalt**

*Am 26. April 1934 erwirbt Dr. Heinrich Schild mehrere Grundstücke mit Aufbauten und Betriebszubehör von der alleinigen Gesellschafterin der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz G.m.b.H., Margarete Heymann-Loebenstein. Wenige Tage später wird die Firma HB-Werkstätten für Keramik Marwitz G.m.b.H. gegründet.*

*Gesellschafterin ist neben Heinrich Schild die Keramikerin Hedwig Bollhagen. Margarete Heymann-Loebenstein, die jüdischer Herkunft war, hatte ihre Firma Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz am 1. Juli 1933 stillgelegt und (wahrscheinlich) zum 18. Januar 1934 die Liquidation beantragt.*

### **Themenkomplex: „Arisierung“**

*Position der Veräußerin und des Erwerbers unter den Bedingungen 1933/34 – Bewertung*

*Die allgemeinen politischen Verhältnisse nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wirkten massiv gegen die Unternehmerin Margarete Heymann-Loebenstein (MLH) und übten einen starken Druck aus. Unter den lokalen Bedingungen im Umkreis von Velten, Ost-Havelland, hatte sie keine Chance, ihre unternehmerische Tätigkeit ungestört fortzusetzen, sondern war gezwungen, ihren Betrieb aufzugeben.*

*Bis in das Frühjahr 1933 hinein hatte MLH größte Anstrengungen unternommen, ihr Unternehmen zu retten. Die finanzielle Schiefelage, in der es sich unstrittig befunden hat, wäre durch die Aufnahme fremden Geldes zu beheben gewesen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass solche Mittel unter den äußeren Bedingungen gewährt worden wären. Aber MLH hätte durch den Einsatz eigener Ressourcen, die im ausreichenden Maße vorhanden waren, die Verluste ausgleichen und durch weitergehende Investitionen bessere Voraussetzungen für einen guten Absatz der Waren, z.B. durch gezielte Werbung, schaffen können. Dies war jedoch dadurch beschränkt, dass sie nach den nationalsozialistischen Kategorien als Jüdin galt. Für Werbezwecke wäre dieser Umstand kontraproduktiv gewesen.*

*Daher war es auch eine wirtschaftlich vernünftige Maßnahme, ab Mitte 1933 keine weiteren Mittel in dieses Unternehmen zu stecken und es stilllegen zu lassen. Durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten konnte sie ihre unternehmerische Tätigkeit nicht ungehindert fortsetzen. Aus diesem Grund konnte sie auch nicht an dem kurzfristigen Konjunkturaufschwung 1934/35 partizipieren. Ob unter anderen Rahmenbedingungen Investitionen zum Erfolg geführt hätten, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Rettung ist jedoch sehr hoch, zieht man andere Unternehmen, wie die staatliche Karlsruher Majolikamanufaktur, zum Vergleich heran, die 1934 wieder in den Gewinnbereich kam. Bis zum Juli 1933 wurde vor allem gedroht. MLH musste fürchten, demnächst verhaftet zu werden oder gezielten Aktionen der Mitarbeiter oder betriebsfremder Personen ausgesetzt zu sein. Unter diesen Bedingungen war sie in ihren Entscheidungen nicht mehr frei.*

---

<sup>1</sup> Hedwig Bollhagen und die Marwitzer Keramikwerkstätten in der NS-Zeit“ von Dr. Simone Ladwig-Winters, Zentrum für Zeithistorische Forschung Am Neuen Markt 1, D-14467 Potsdam (Forschungsbüro Politik und Geschichte, Berlin) Kurzfassung der Bewertungen des Gutachtens zu den „Arisierungs“-Vorwürfen gegen Hedwig Bollhagen, Potsdam 8. Juli 2008

*Die der Stilllegung am 1. Juli 1933 folgenden Denunziationen und die Beschlagnahme ihres Eigentums stellten schwere Angriffe auf sie und ihr Unternehmen dar. Ihr Entschluss zur Veräußerung, der erst sehr spät fiel, erst nachdem deutlich geworden war, dass sich die politischen Rahmenbedingungen kurzfristig nicht ändern würden, war also allein diesen politischen Gegebenheiten geschuldet, die für sie eine Verfolgungssituation darstellten.*

*Heymann-Loebenstein war als Vertreterin der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik GmbH, einem mittelständischen Betrieb, zur konkreten Zielscheibe von Angriffen geworden und der Entschluss zum Verkauf wuchs erst im letzten Vierteljahr des Jahres 1933, angesichts der sich verschärfenden Situation. Und selbst dann zweifelte sie an ihrer Entscheidung, zog durchaus in Erwägung, es noch einmal selbst zu versuchen. Offensichtlich wurde der Druck dann aber doch zu groß, als dass sie dieses Wagnis hätte eingehen können. Sie beugte sich letztlich den lokalen Verhältnissen, die geprägt waren von einem systematischen Zusammenspiel der örtlichen Institutionen von der NSDAP-Ortsgruppe, über den Ortspolizisten und den Gemeindevorsteher bis hin zum Landrat. Dieser Situation hätte sie aus eigenen Kräften kaum Widerstand und vor allem politische Macht entgegenstellen können, zumal sie sich persönlich in einer äußerst labilen Lage befand. Doch hätte MLH nach dem Vorlauf des ersten Halbjahres 1933 keine Möglichkeit gehabt, z.B. an einen jüdischen Erwerber zu veräußern. MLH konnte lediglich die für sie ungünstigste Lösung ablehnen, die sicherlich ein Verkauf an Adolf Kruckau bedeutet hätte. Ansonsten stand für die Verhandlungen über einen Verkauf nur ein sehr ausgewählter Kreis von Interessenten zur Verfügung, der sich aber weder an der ökonomischen Potenz noch an der fachlichen Qualifikation bemmaß, sondern begrenzt war durch die Vorfilterung der herrschenden lokalen politischen Institutionen. Dass es nicht auch andere Interessenten gegeben hat, ist nicht ausgeschlossen, lässt sich an Hand der überlieferten Dokumente aber nicht nachweisen.*

*Spätestens seit Herbst 1933 war sie hinsichtlich der Veräußerungsmöglichkeiten eingeschränkt. So kam nur ein sehr begrenzter Kreis von Erwerbern ernsthaft in Betracht. Die tatsächliche Veräußerung bedeutete dann nur den Abschluss dieser politisch bedingten Entwicklung.*

*Die Interessenten, in Person von Heinrich Schild und HB, fanden diese Gegebenheiten vor, hatten sie nicht gezielt herbeigeführt. Zumindest Hedwig Bollhagen muss um die näheren Umstände der Diskriminierung, Diffamierung und Verfolgung von MLH gewusst haben. Ihr Partner Heinrich Schild war als eine der führenden Figuren des deutschen Handwerks in der Lage, seine exponierte Stellung machtwirksam einzusetzen. Eine Alternative zu diesem Interessenten gab es nicht mehr, nachdem er auf den Plan getreten war. Dabei war es irrelevant, ob er ein hohes Parteiamt innehatte oder nicht; die Position als Generalsekretär des deutschen Handwerks war für die lokalen Parteigrößen und Polizisten eindrucksvoll genug. Die Vorgehensweise, den Erwerb nicht forciert voranzutreiben, erwies sich dabei als besonders effektiv.*

*In der konkreten Verhandlungssituation sind sich Hedwig Bollhagen und Margarete Heymann-Loebenstein vermutlich nie begegnet, doch ihre Vertreter waren für sie tätig. HB muss sich in diesem Zusammenhang jegliches, dominierendes Verhalten ihres Vertreters, Heinrich Schild, zurechnen lassen. Er agierte geschickt, während Max Silberberg nur geringe oder gar keine Spielräume hatte. Für MLH musste sich der Verkauf als die letzte Gelegenheit einer materiellen Realisierung eines Teils des Unternehmenswerts darstellen. Der Faktor Zeit spielte für sie eine entscheidende Rolle: Mit jedem Tag, den das Unternehmen nicht in Betrieb war, sank der Wert. Hinzu kam, dass Drohungen von verschiedenen Seiten bei ihr den Eindruck erweckt haben müs-*

sen, dass nicht nur eine Verhaftung ihrer Person möglich war, sondern auch eine Enteignung. Nur durch diesen Druck lässt sich erklären, dass sie sich 1934 mit RM 45.000,- auf einen Preis einließ, der um ein Viertel unter jenem lag, den sie unter den Verhältnissen Ende 1933 noch erzielen wollte (RM 60 000,-).

Die Konditionen, unter denen es dann zum Verkauf kam, waren formalrechtlich nicht zu beanstanden: Hier ging es nur um den Erwerb der Grundstücke, nicht um die Gesellschaft. Doch die Situation, die zu dieser Situation geführt hatte, war nicht allein auf die ökonomische Notwendigkeit zurückzuführen, sondern auf den gewachsenen politischen Druck. Es war kein rein zivilrechtlicher Vorgang, der allein auf die Unrentabilität des Unternehmens zurückzuführen war. Es ist kaum bestreitbar, dass die Erwerber als „Arier“ im Vorteil waren und die Situation für sich ausnutzten. Somit war es nicht auf ein geschicktes Verhandeln zurückzuführen, sondern auf die Ausnutzung der politischen Gegebenheiten, dass ihnen die Übernahme der Liegenschaften mit Aufbauten, der Betriebsmittel, eines Teils der Mitarbeiter, das technische Knowhow, die Lieferantenkartei, das Warenlager und der fiktive Firmenwert zu einem Preis von RM 45 000,- zufiel. Zieht man allein die gesicherten Zahlen heran, so waren Grundstück und Gebäude in dem von Schild beauftragten Gutachten von Kruchen mit einem Wert in Höhe von RM 92 800,- beziffert. Berücksichtigt man auch das Warenlager mit einem

verminderten Wert angesichts erfolgter Einzelverkäufe in Höhe von RM 5 000,- sowie die Betriebsmittel (Inventar; Bilanz 1932) mit einem kalkulierten Wert in Höhe von RM 15 000,-, so ergibt sie eine Summe in Höhe von RM 112 800,-. Dies ist als ein Mindestbetrag zu verstehen, denn die Übernahme der Lieferantenkartei und das technische Knowhow sind hierbei nicht berücksichtigt, sie lassen sich heute nicht mehr beziffern. Auch der fiktive Firmenwert lässt sich nicht zahlenmäßig eingrenzen, zumal er durch den Umstand, dass HB ein eigenes Profil zu entwickeln suchte, deutlich gemindert wurde. Dennoch ergibt sich allein in dieser nicht vollständig berechenbaren Größe eine gravierende Abweichung zwischen RM 117 800,- und dem real gezahlten Preis in Höhe von RM 45 000,-.

Durch die Veräußerung des Warenlagers konnte dann gleich ein Teil des Werts realisiert und zur Anschubfinanzierung genutzt werden. Angesichts des günstigen Preises war es nicht notwendig, dass die Erwerber selbst eine antisemitische Haltung einnahmen oder noch zusätzlichen Druck ausüben mussten. Heinrich Schild, der als Nationalsozialist einer Partei angehörte, die den Antisemitismus als zentrales ideologisches Konzept verfolgte, äußerte im individuellen Verhalten derartiges nicht offen. Aber er artikuliert sich als Funktionär des Handwerks und publizierte in den Jahren 1933 bis 1935 in einer Weise, die voller Überzeugung den Nationalsozialismus und seine diskriminierende Strukturen befürwortete. Er zog auch eine mögliche Partnerschaft mit dem Gemeindevorsteher H. in Betracht; hatte bis zu seiner Suspendierung von seinem Posten als Generalsekretär keine Berührungspunkte gegenüber den höchsten Kreisen der NSDAP. All dies kann nur zu dem Schluss führen, dass er die Haël-Werkstätten auch mit einer antisemitischen Grundtönung übernahm. Für ihn war der Verkauf unabwendbar und da konnte aus der Situation der maximale Vorteil gezogen werden. Seine späteren Tätigkeiten als Manager im Baugewerbe zeugen von einer sehr geschmeidigen Stützung des Systems. Ein derartiges Verhalten ist für HB in der Zeit des Nationalsozialismus nicht nachweisbar, vielmehr hatte sie bis 1938 in Nora Herz eine enge jüdische Freundin, stand auch anderen verfolgten Künstlern nahe.

Gleichwohl setzte sie im vollen Bewusstsein über die Umstände des Verkaufs und der Verkäuferin mit ihrem Partner den Erwerb durch. Gestützt durch die politischen Rahmenbedingungen wurde der Transfer von jüdischem in nichtjüdischen Besitz realisiert.

*Damit wurden die Erwerber zu „stillschweigenden Partnern“ des Systems. Sie profitierten vom Unrechtsregime, dass derartige „Arisierungen“ als willkommene Förderung des Mittelstandes ungesteuert protegierte und sich auf diese Weise der dauerhaften Loyalität der neuen Erwerber vergewisserte. Dass es zu späteren Zeiten gewisse Unsicherheiten über die Vorgehensweise 1933/34 gab, bringt HBs Brief an Schild aus dem Jahr 1950 zum Ausdruck. Solche Selbstzweifel am eigenen Verhalten scheinen Schild nicht geplagt zu haben.*

Ende Zitat

Bewertung von Dr. Christoph Kreutzmüller, Berlin<sup>2</sup>

*„Ich kannte die Geschichte der Übernahme der Hael Werkstätten schon aus meinen Forschungen zur Geschichte der „Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin“ sowie meiner Zeit als Kurator im Jüdischen Museum Berlin und habe mich anhand der beiden mitgeschickten Texte nochmals sachkundig gemacht.*

*Die Übernahmemodalitäten schildert Simone Ladwig-Winters in Ihrem Gutachten sehr präzise. Schild nutzte hiernach die Zwangslage der geflüchteten Unternehmerin bzw. ihres Vertreters bedenkenlos aus. Damit nicht genug, kann ich aus eigener Anschauung sagen, dass die von Hermann Schild und Hedwig Bollhagen nicht nur die Werkstätten sondern auch das Produktdesign der vor den Nationalsozialisten geflohenen Margarete Heymann-Loebenstein übernommen haben.*

*Dr. Heinrich Schild war, so das erste Gutachten (Dr. Schild), „Generalsekretär und Gleichschaltungsbeauftragter des Reichsstandes des deutschen Handwerks“. Auch wenn es zu bislang zu dieser nationalsozialistischen Zwangsvereinigung des Handwerks keine Forschungen gibt, kann das nichts anderes heißen, als das er in der ehemaligen Verband im Sinne der Nationalsozialisten umgestaltet und so einen Beitrag zur Etablierung der Diktatur geleistet hat.*

*Schild war zudem bereits vor der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler in die NSDAP eingetreten; also nicht aus Karrieregründen sondern wohl aus Überzeugung.*

*All dies rechtfertigt meiner Überzeugung nach, die Straße umzubenennen.“<sup>3</sup>*

<sup>2</sup>

Christoph Kreutzmüller (geb. 1968)

Der gelernte Sparkassenkaufmann hat 2004 bei Ludolf Herbst an der Humboldt Universität zu Berlin über Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin über die deutschen Großbanken am Finanzplatz Amsterdam (1919-1945) promoviert. Von 2005 bis 2011 war er Koordinator des Projekts „Jüdische Gewerbebetriebe in Berlin 1930 bis 1945“, das er mit der preisgekrönten Publikation „Ausverkauf. Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930-1945“ (in zweiter Auflage Berlin 2013) abgeschlossen hat.

Von 2011 bis 2013 war er Koordinator des Forschungsprojekts „Juden in Berlin 1918-1938. Zwischen Akkulturation, Behauptung, Entrechtung und Verfolgung, am Lehrstuhl für deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert der Humboldt Universität. Dort hat er zusammen mit Michael Wildt den Band „Berlin 1933-1945. Stadt und Gesellschaft im Nationalsozialismus“ (München, Siedler 2013) herausgegeben.

2013 in die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz gewechselt, ist er seit Oktober 2015 Kurator für die neue Dauerausstellung im Jüdischen Museum Berlin. (Quelle: <https://www.geschichte.hu-berlin.de/de/bereiche-und-lehrstuehle/dtge-20jhd/dokumente/viten/vita-christoph-kreutzmueller>)

<sup>3</sup>

Mail Herr Dr. Kreutzmüller 28.02.2020, autorisiert für Veröffentlichung mit Mail am 09.09.2020

Mit der Straßenbenennung verfolgt die Gemeinde Nümbrecht u.a. das Ziel verdiente Persönlichkeiten der Gemeinde zu ehren und damit auch ihre Vorbildfunktion hervor zu heben. Selbst unter Würdigung der Verdienste nach dem Krieg kann unter Einbeziehung der aktiven Tätigkeiten von Dr. Schild während der NS – Herrschaft diese Vorbildfunktion nicht mehr uneingeschränkt testiert werden. Mit dieser konkurrierenden Lebenseinschätzung würde heute eine Straßenbenennung nicht erfolgen.

**Aus diesem Grunde beantragen die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen gemeinsam die Umbenennung der „Dr. Schild Straße“ in „Nümbrechter Straße“.**

### **Otto Kaufmann Straße**

Am 21.12.1987 hat der Rat der Gemeinde Nümbrecht, auf Vorschlag des damaligen Ausschuss für Verkehrsfragen, den Straßenverlauf Dorfplatz / Niedens Mauer / Busbahnhof in Otto Kaufmann Straße benannt.

Am 17.06.1998 hat der Rat der Gemeinde dann den Weg von der Hauptstraße entlang der Raiffeisenbank in „Dorfplatz“ umbenannt und die Otto Kaufmann Straße verlängert bis zur Kreuzung Hauptstraße 7 Spreitger Weg.

Die Otto Kaufmann Straße führt somit heute von der Kreuzung Hauptstraße 7 Spreitger Weg am Friedhof vorbei bis zur Kreuzung Gouvieuxstraße / Leo Baer Straße.

Aufgrund eines Artikels über das Wirken von Otto Kaufmann als Heimatforscher nach 1945 in der Oberbergischen Volkszeitung wurden der Gemeinde Unterlagen über das Wirken von Otto Kaufmann vor 1945 während der NS-Herrschaft zur Verfügung gestellt.

Hierbei handelt es sich insbesondere um eine Abschrift der Schulchronik der Hilfsschule Gummersbach aus der Zeit von 1934 bis 1941.

Die Authentizität der Unterlagen wurde auf ausdrückliche Nachfrage schriftlich bestätigt.<sup>4</sup>

An dieser Stelle seien 4 Zitate aus der Abschrift (Auszüge aus der Schulchronik der Hilfsschule Gummersbach von 1934 bis 1940, verfasst von Otto Kaufmann) wieder geben:

- Schuljahr 1935 / 1936

... Vom 10. bis 24. Mrz. 1935 wurde der Lehrer [Otto Kaufmann] von der Regierung in Köln beurlaubt, um in Marienbergshausen und Köln bevölkerungsbiologische Erhebungen für die Ausstellung des NSLB "Rasse, Volk, Familie" und eine Arbeit fürs Heimatbuch durchzuführen. ....

... Wir besuchten zweimal die von der Ortsgruppe des NSLB veranstaltete Ausstellung "Rasse, Volk, Familie", die vom 21. bis 26. Oktober in der Turnhalle der Oberrealschule untergebracht war. Beim Aufbau und Zeichnen großer Schaubilder- und tafeln war der Lehrer leitend beteiligt und wochenlang beschäftigt. ...

---

<sup>4</sup> Mail von Michael Kamp, Leiter des bergischen Freilichtmuseums Lindlar, vom 15.02.2021. Beigefügt ein Abgleich der Original Schulchronik (mit Textauszügen) mit der Abschrift der Schulchronik, gefertigt von Frau Gerhild Gass, Lehrerin der „Fröbelschule, Schule für Lernbehinderte“ vormals „Hilfsschule Gummersbach“ heute „Jakob-Moreno-Schule“.

- Schuljahr 1938/39

.... Von 7 Knaben im Jungvolkalter gehörten 5 = 71 vH und von 9 Mädchen 5=56 vH nationalsozialistischen Jugendverbänden an. Da nur erbtugliche und würdige Hilfsschüler ins Jungvolk und in die Jungmädelschaft aufgenommen werden sollen, ist das Ergebnis als ziemlich günstig zu bezeichnen.

Das von der Reichsjugendführung vorgeschriebene Gutachten des Hilfsschullehrers wurde leider nur in zwei Fällen verlangt. Ich habe den Jugendführer auf die Beachtung dieser Anordnung hingewiesen, da einige charakterlich minderwertige Hilfsschüler im JV (in der JM) Aufnahme fanden, die das Ansehen der nat. soz. Jugendverbände schädigen und dem Auslesegrundsatz widersprechen. ...

- Schuljahr 1939/40

...Die außerschulische Arbeit war im verflossenen Halbjahr besonders stark. Als Kreissachbearbeiter für Sippenforschung im NS-Lehrerbund hatte ich die Ahnentafeln vieler Berufskameraden zu prüfen und an die Gauverwaltung weiterzuleiten, ferner die Vorbereitungen für die Verkartung der oberbergischen Kirchenbücher zu treffen. ...

- ... In froher, zuversichtlicher Stimmung brachten uns die Güterzüge nach Köln. Die meisten von uns waren noch fest davon überzeugt, daß es sich nur um eine vorsorgliche Maßnahme, um eine Art Probemobilmachung handelte, schlimmstenfalls um einige Wochen Krieg gegen das schuldbeladene, verbrecherische Polen. ....

Außerfrage steht, dass das Wirken Otto Kaufmanns nach dem Kriege im Bereich der Heimatforschung unbestreitbar ist.

Nach den vorliegenden handschriftlichen Aufzeichnungen von Otto Kaufmann während der NS-Zeit ist aber ebenso unbestreitbar, dass „... *der Lehrer Otto Kaufmann (1900-1985) ein überzeugter Nationalsozialist war, der sich mit dem Regime mehr als notwendig arrangiert hat und die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus als weltanschaulicher Erzieher vertreten und verbreitet hat. Seine handschriftlichen Ausführungen in der Schulchronik beweisen dies vollumfänglich. ...*“<sup>5</sup>

Mit der Straßenbenennung verfolgt die Gemeinde Nümbrecht u.a. das Ziel verdiente Persönlichkeiten der Gemeinde zu ehren und damit auch ihre Vorbildfunktion hervor zu heben.

Selbst unter Würdigung der Verdienste nach dem Krieg kann unter Einbeziehung der aktiven Tätigkeiten von Otto Kaufmann während der NS – Herrschaft diese Vorbildfunktion nicht mehr uneingeschränkt testiert werden. Mit dieser konkurrierenden Lebenseinschätzung würde heute eine Straßenbenennung nicht erfolgen.

**Aus diesem Grunde beantragen die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen gemeinsam die Umbenennung der „Otto Kaufmann Straße“ in „Gouvieuxstraße“.**

---

<sup>5</sup> Zitat aus der Mail von Herrn Michael Kamp vom 15.02.2021

Gez.  
Manfred Daub  
(CDU)

Gez.  
Andrea Saynisch  
(B90Grüne)

Gez.  
Ira Hennecken  
(SPD)

Gez.  
Wilhelm Weber  
(GUD)

Gez.  
Rainer Galunder  
(WGHL)

Gez.  
Carsten Frommhold  
(FDP)

Gez.  
Jan Köstering  
(Die Linke)

Gez.  
Hilko Redenius  
(Bürgermeister)